



Editorial

>Die Regionen spielen eine wichtige Rolle bei der Beschäftigungspolitik

Die Regionen Mittel- und Osteuropas spielen eine wichtige Rolle beim Erweiterungsprozeß. Diese Rolle kann jedoch nur effizient erfüllt werden, wenn diese Regionen sich hinreichend auf die europäische Integration vorbereiten. Sie müssen hierfür über demokratisch gewählte und verwaltete Institutionen verfügen sowie über eine entsprechende Ausbildung und Informationen, um die europäischen Mechanismen zu verstehen und um den Zugang zu EU-Programmen zu ermöglichen.

Die Regionen der EU-Mitgliedsstaaten können in all diesen Bereichen beratend zur Seite stehen und Gutachten erstellen. Mit ihren Erfahrungen können sie einen Beitrag zur Demokratisierung, zur Entwicklung der Zusammenarbeit und zur Ausbildung der regionalen Verantwortungsträger leisten.

Die Regionen Westeuropas müssen mit den Regionen aus dem Osten zusammenarbeiten, um den Erfolg des Erweiterungsprozesses sicherzustellen. Für den Aufbau Europas und dessen Anerkennung durch die Bevölkerung sind Erfahrungsaustausch, Know-how-Transfer, interregionale Partnerschaften und grenzüberschreitende Zusammenarbeit von immenser Wichtigkeit

Über den Dialog innerhalb ihrer Strukturen, ihre eigenen Ausbildungsprogramme oder ihre Erfahrungsaustausch-Netzwerke bietet die VRE eine ideale Plattform zur Förderung der europäischen Integration. Ihre Aktionen zielen ebenfalls auf die Stärkung des Regionalismus in den Beitrittsländern ab, da das Europa des dritten Jahrtausends ein Europa der Regionen sein soll.

Luc Van den Brande
Präsident der VRE
Ministerpräsident von Vlaanderen

Im Rahmen der Sitzung des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas wurde am 27. Mai 1998 in Straßburg eine Debatte zum Thema "Regionen und Beschäftigung: ein Beitrag zum sozialen Zusammenhalt in Europa" organisiert. Bei diesem Anlaß unterstrich Luc Van den Brande, Präsident der Versammlung der Regionen Europas (VRE) und Ministerpräsident von Vlaanderen, die Schlüsselrolle, die die Regionen zugunsten der Beschäftigung und der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung spielen.

Unterstützung der KMU

Die Arbeiten der VRE zeigen deutlich, daß die Regionen, auch wenn sie über sehr unterschiedliche Kompetenzen verfügen, gemeinsam mit den europäischen und nationalen Behörden sowie mit den Sozialpartnern eine aktive Politik verfolgen und Neuerungsaktionen in diesem Bereich entwickeln können. Sie ergreifen z.B. die Initiative bei der Gründung von KMU und unterstützen deren Entwicklung und Wachstum, da diese stark in ihrer Region verankert sind. Desweiteren leisten sie einen wichtigen Beitrag zur ständigen Entwicklung der Erforschung des Arbeitsmarktes, um so die Bedürfnisse vor Ort besser abschätzen zu können.

Ausbildungsprogramme

Zahlreiche Aktionen wurden gestartet und haben zur Belebung des Arbeitsmarktes beigetragen, wie die Einrichtung von Dienstleistungen, Instrumenten oder Programmen zur Weiterbildung, insbesondere für Zielgruppen mit großen Integrationschwierigkeiten (Langzeitarbeitslose, jugendliche Arbeitslose, Frauen...) oder die Förderung neuer Organisations- und Arbeitsformen (soziale Wirtschaft, Unternehmen zur Eingliederung, Zeitarbeit oder Telearbeit).

Präsident Van den Brande hob ebenfalls den Stellenwert des Daten-, Informations- und Erfahrungsaustauschs zwischen den Regionen hervor,

da dieser wiederum die Arbeitsplatzschaffung in Europa stimuliert. Die regionalen Behörden, die gemäß dem Subsidiaritätsprinzip, eine gewisse Verantwortung in Sachen Beschäftigung tragen, sollten über aussagekräftige Daten und Analysen verfügen um so ihre Politik und die Aktionen zugunsten der Beschäftigung zu stärken.

Notwendige Zukunftsperspektive

Die VRE, die über 300 Regionen aus ganz Europa zu ihren Mitgliedern zählt, ist seit der außerordentlichen Vorstandssitzung in Brügge im Oktober 1997 dabei, die Beiträge der Regionen zur Beschäftigungspolitik zu sammeln und zu analysieren. Der Präsident forderte alle Regionen Europas auf, diese Initiative zu unterstützen und bestätigte den Beschluß der VRE, eine ständige Einrichtung der Regionen zur Beobachtung der Beschäftigungssituation in Europa zu gründen. Diese wird zur Aufgabe haben, den Arbeitsmarkt in den Regionen Europas vorausschauend zu analysieren und den Erfahrungsaustausch auf einer methodologischen Grundlage durchzuführen.

Der vollständige Bericht "Regionen und Beschäftigung" der VRE, das Synthesedokument sowie die Rede Präsident Van den Brandes sind auf Anfrage beim Informationsdienst der VRE in Französisch und Englisch erhältlich.

Nachrichten

Seiten 2-3

POLITISCHES FORUM

>Dezentralisierung in Großbritannien

OST-WEST ZUSAMMENARBEIT

>Vorbereitung der Regionen auf die EU-Erweiterung

SOZIALE ANGELEGENHEITEN

-BESCHÄFTIGUNG

>Bedarf an interregionalen Aktionen

TELEX... FOCUS...

Kooperationsprogramme

Seiten 4-5

>Neue Hilfen für die Beitrittskandidaten

>Die Reform der Strukturfonds ist im Gange

INTERNET

Inter-Regionen

Seiten 6-7

>Donaudelta: Bedarf an gesteigerter Zusammenarbeit

>Projekt EPERE

>Mittelmeer: Maßnahmen zur Feuerbekämpfung

>Interregionale Zusammenarbeit: Bilanz der VRE

TRIBÜNE... PARTNERSCHAFT... NOTIZBUCH

In Kürze

Seiten 8

>Oberösterreich empfängt die Hauptversammlung '98

TERMINE... VERÖFFENTLICHUNGEN

> Erste Schritte zur Dezentralisierung in Großbritannien

Amsterdamer Vertrag

> Die Ratifizierung hat begonnen

Die Ratifizierung des Amsterdamer Vertrags nimmt ihren Fortgang. Im Anschluß an Deutschland (März '98), Finnland, Italien und Schweden (April '98), werden als nächstes das Vereinigte Königreich, Dänemark, Irland, Luxemburg und Österreich und im Herbst die restlichen Mitglieder der Europäischen Union die Ratifizierung vornehmen. In einigen Ländern kann der Vertrag nur ratifiziert werden, wenn ein vorheriger Volksentscheid positiv ausgefallen ist.

Die Frage, ob die Regionen bei der Ratifizierung dieses Vertrags miteinbezogen werden, ist je nach Mitgliedsstaat unterschiedlich. Auch wenn die Regionen der Bundesstaaten am meisten betroffen sind, so konnten doch die Regionen einiger Zentralstaaten ihre Meinung abgeben.

In Österreich und Deutschland zum Beispiel, muß die Länderkammer der Ratifizierung internationaler Verträge zugestimmt haben. In Belgien ist die vorherige Zustimmung der Regional- und Kommunalversammlungen notwendig. Die französischen Regionen, die spanischen autonomen Gemeinschaften, die niederländischen Provinzen oder die lokalen Behörden des Vereinigten Königreichs haben keinen Einfluß auf den Ratifizierungsprozeß. Das finnische Parlament hat den Zusammenschluß der finnischen Behörden um Stellungnahme gebeten, ähnlich wie in Schweden, wo die Regierung die Meinung der Grafschaften über deren Verband einholte.

VRE-Kontakt: Eric Milesi

Die im Mai 1997 gewählte britische Regierung hat eine grundlegende Verfassungsreform gestartet. Das Programm beinhaltet die Dezentralisierung der Macht durch die Einrichtung eines Parlaments in Schottland und einer Versammlung in Wales, die Wahl eines Bürgermeisters und einer strategischen Behörde in London sowie, auf lange Sicht, die Dezentralisierung der Regionalverwaltung in England.

Prioritär wurden die Gründung des schottischen Parlaments und der walisischen Versammlung behandelt, da hier seit langem die Dezentralisierung gefordert wird. Im Herbst letzten Jahres wurden die Vorschläge der Regierung per Referendum in Schottland und Wales angenommen. Die Gesetze zur Gründung der beiden Institutionen werden derzeit vom Parlament vorbereitet und sollen im zweiten Semester dieses Jahres veröffentlicht werden. Die Wahlen sind für das Frühjahr 1999 geplant und die Arbeit soll im Januar 2000 aufgenommen werden.

Schottland wird so über ein Parlament mit 129 Mitgliedern verfügen, die alle vier Jahre durch Verhältniswahl gewählt werden. Dieses Parlament wird nach dem Westminstermodell aufgebaut werden: Die Versammlung wählt einen "First Minister", der der Exekutive vorsteht. Das Parlament und die Exekutive werden für die wirtschaftlichen und sozialen Belange der Innenpolitik verantwortlich sein. Das Nationalparlament wird auch weiterhin für die Außenpolitik, die Verteidigungspolitik, die innere Sicherheit, makro-ökonomische und steuerliche Fragen, Beschäftigung und die Sozialversicherung verantwortlich sein. Das schottische Parlament wird über eine Regierungssubvention finanziert werden, kann aber gleichzeitig die vom britischen Parlament

festgelegte Grundrate für die Einkommenssteuer heben oder senken (maximal drei Pence pro Pfund).

Wales soll eine durch Verhältniswahl gewählte Versammlung mit 60 Mitgliedern bekommen, die über erweiterte exekutive Befugnisse verfügen soll und sekundäre Gesetze erarbeiten kann. Sie wird aus Kommissionen zusammengesetzt sein, deren wichtigste Mitglieder das Exekutivkomitee bilden. Die Versammlung wird über eine Regierungssubvention finanziert, hat jedoch keine steuerlichen Befugnisse. Parallel hierzu verfügen die lokalen Behörden über neue Befugnisse.

Da in England die Nachfrage nach einer direkt gewählten Regionalregierung von einer Grafschaft zur anderen sehr unterschiedlich ist, will die Regierung kein einheitliches System auferlegen. Im Gegenteil, es wird überlegt, Agenturen für die regionale Entwicklung einzurichten, die mit den regionalen Vertretungen der Regierung und den von den lokalen Behörden gebildeten regionalen Kammern zusammenarbeiten sollen. Langfristig ist geplant, daß die Bevölkerung per Referendum für oder gegen eine direkt gewählte Regionalregierung stimmen soll.

Seit der Abschaffung des Rats von Groß-London 1986, besteht die lokale Regierung von London aus 33 Stadträten. Die Regierung plant nun die Einrichtung einer strategischen Behörde und die Ernennung eines Bürgermeisters, der Fragen behandelt, die die Stadt betreffen (Wirtschaft, Transport, Umwelt,...). Diese Vorschläge werden den Londoner Bürgern zum Volksentscheid vorgelegt werden.

Kontakt:

Hans de Belder (Vlaanderen)
Tel.: +32 2 511 42 45
Fax: +32 2 511 59 40

Telex

VRE-Aktivitäten: März-Mai 1998

Erklärung zum Regionalismus

Nachdem die Erklärung an die europäischen Institutionen übermittelt wurde, erhielt jede Mitgliedsregion Ende Februar hundert Exemplare dieses Referenztextes. Diesem Versand wurde ein Aktionsvorschlag beigelegt, um eine möglichst weitreichende Verbreitung dieses Textes bei den regionalen und nationalen Meinungsträgern sicherzustellen. Insgesamt wurden 30 000 Exemplare in 18 Sprachen verteilt.

Centurio

Die 4. Auflage dieses Programms hat begonnen. Die Regionen Westeuropas wurden gebeten, den politischen Verantwortlichen oder Beamten der Regionen Mittel- und Osteuropas Hospitanzen in ihren Behörden anzubieten. Die Aufgabe der Koordinatoren besteht darin, unter Berücksichtigung der sprachlichen Aspekte die Interessen der einen mit den Erwartungen der anderen in Einklang zu bringen. Ein erstes Zusammentreffen wird am 25 Juli 1998 beim Einführungsseminar in Erfurt im Rahmen der Summer School der VRE stattfinden.

Regionale Agenda 2000

Seit ihrer Gründung durch den Vorstand am 13. Februar 1998 ist die Gruppe "Strategie und Perspektiven" der VRE drei Mal unter dem Vorsitz von Herrn Hans de Belder zusammengetreten. Sie hat zur Aufgabe, eine regionale Agenda 2000 mit den Prioritäten der VRE für die nächsten Jahre zu erarbeiten. Diese Agenda wird dem Vorstand bei seiner Sitzung (11.-12. Juni) vorgestellt und der Hauptversammlung am 3. und 4. Dezember in Linz unterbreitet werden.

Arbeitssitzungen

Drei Kommissionssitzungen der VRE: Kommission VI (Exeter, 30.-31. März), Kommission IV (Szekesfehervar, 24. April) und Kommission II (Stockholm, 4.-5. Mai). Siehe Artikel auf Seite 3.

Sitzung des Präsidiums (Brüssel, 14. Mai). Vorbereitung und Meinungsaustausch über die vom Vorstand zu treffenden Beschlüsse (Straßburg, 11.-12. Juni)

Weitere Veranstaltungen

Beteiligung an der Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen (Brüssel, 13.-14. Mai).

350 Jahre Westfälischer Vertrag

1998 jährt sich zum 350. Mal der Jahrestag des Westfälischen Vertrages, mit dem das Ende des 30jährigen Krieg (1618-1648) besiegelt wurde. Mit der Unterzeichnung dieses Vertrages wurde zum ersten Mal in Europa ein Krieg nicht militärisch, sondern auf dem Verhandlungsweg durch Kompromisse beendet.

Wichtigstes Element des Westfälischen Friedens ist die Durchsetzung der Idee einer auf der Basis des Völkerrechts gleichberechtigten Staatengemeinschaft. Neben der Anerkennung der drei christlichen Konfessionen (religiöse Toleranz) ist vor allem die Stärkung des föderalen Verfassungsprinzips hervorzuheben, das in der Stärkung der einzelnen Territorien und Reichsstände und der Schwächung der Zentralmacht zum Ausdruck kommt.

Aus Anlaß des Jubiläums fand auf Einladung des Landes Nordrhein-Westfalen am 4.-6. Juni 1998 eine offizielle Sitzung der Kommission I in Münster statt.

Ost-West Zusammenarbeit

> Vorbereitung der Regionen auf die EU-Erweiterung

Die Kommission II trat am 4.-5. Mai '98 in Stockholm (S) auf Einladung von Frau Tallberg, Präsidentin der Region, unter dem Vorsitz von Herrn Jakovcic (Istra) zusammen. Die Kommission verabschiedete einstimmig zwei von den Regionen Essex und Brasov gemeinsam eingebrachte Grundsatzdokumente zur Demokratisierung der MOE-Regionen und zur Beteiligung der Regionen an den Maßnahmen im Rahmen des Erweiterungsprozesses. Wichtige Forderungen sind Dezentralisierung und Regionalisierung, Ausbau der interregionalen Kooperation, Ausbildung regionaler Administratoren und Förderung des Informationsaustauschs.

Die Vorschläge der Arbeitsgruppe "Intensivierung der Teilnahme der MOE-Regionen an EU-konkretisieren die Aktionen der Regionen EU-Programmen

Folgende Prioritäten wurden gesetzt:
 - Einrichtung einer Datenbank zur Auflistung und Analyse von Problembereichen und Führung eines regionalen Expertenregisters, geordnet nach Problembereichen,
 - ein didaktisches Leitfaden-Handbuch für den Umgang mit EU-Programmen.
 Erste Konzeptentwürfe zu diesem Projekt sollen bei der nächsten Kommissionssitzung vorgelegt werden.

Bei dieser Sitzung stellte die Region Stockholm das gelungene Beispiel der Ost-West Zusammenarbeit im Ostseeraum vor. Es betrifft zahlreiche Vertreter der Politik und der Wirtschaft, der NRO und der Bevölkerung, und leistet einen Beitrag zur Entwicklung der lokalen Demokratie und der Wirtschaft (*ein gesonderter Artikel wird in einer nächsten Nummer erscheinen*).

VRE-Kontakt: Franz Josef Stummann

Soziale Angelegenheiten-Beschäftigung

> Bedarf an interregionalen Aktionen

Bei der Sitzung am 23.-24. April in Székesfehérvár (H) verabschiedete die Kommission IV unter dem Vorsitz von Präsident van Nistelrooij (Noord-Brabant) die von Frau Palmcrantz, Vizepräsidentin (Dalarna), vorgeschlagene Strategie zur Beschäftigungspolitik. Diese Strategie baut auf der Beobachtung und der Analyse der regionalen Beschäftigungspolitiken und des Arbeitsmarktes auf interregionaler Ebene auf. Die derzeit existierenden Daten sind bruchstückhaft oder unvollständig. Die regionalen Behörden, die, gemäß dem

Subsidiaritätsprinzip, in Sachen Beschäftigungsförderung verantwortlich sind, müssen über Daten und stichhaltige Analysen verfügen, um ihre Politik sachgemäß zu bereichern. Von daher werden auch 1998 statistische Daten und Informationen über praktische Beispiele der Regionen gesammelt werden, um so eine Arbeitsgrundlage für die ständige Einrichtung der VRE zur Beobachtung der Beschäftigungssituation in den Regionen zu schaffen und den Erfahrungsaustausch anzuregen. Bei den Arbeiten unterstrich Herr van

Nistelrooij die soziale Dimension der Arbeitslosigkeit. Trotz der strukturellen Unterschiede zwischen den Regionen Europas bringt diese individuelle und kollektive psychologische Probleme mit sich, für die die regionalen politischen Verantwortlichen angemessenen Lösungen finden müssen. In diesem Zusammenhang sollte ein europäischer Sozialplan, insbesondere zugunsten der Randgruppen, vorgeschlagen werden.

VRE-Kontakt: Franz Josef Stummann

Erziehung-Ausbildung

> Anregungen zur Gründung von Partnerschaften und Netzwerken

Bei der Sitzung der Kommission VI am 30.-31. März, unter dem Vorsitz von Frau Prokop (Niederösterreich), konzentrierte die Kommission VI - unter Berücksichtigung der vom Vorstand in Brüssel festgelegten Handlungsprioritäten - ihre Arbeiten auf die Themen Beschäftigung und EU-Erweiterung.

Bezüglich der Beschäftigungsförderung beschloß die Kommission, die Umfrage "Arbeitslosigkeit und Beschäftigung Jugendlicher in den Regionen Europas" zu vertiefen, um angemessene Lösungen für die Probleme auf regionaler Ebene zu finden.

Desweiteren wurden die Regionen Istra (HR) und Caras-Severin (RO) beauftragt, die Arbeiten zum Thema "Kultur und Beschäftigung" zu leiten.

Um einen Beitrag zur europäischen Integration der Regionen der MOE Länder zu leisten, wird die Kommission auch weiterhin eine Reihe von Seminaren, nach dem Modell des Miskolc (H) Symposiums im April dieses Jahres organisieren. Sie haben zum Ziel, die Gründung von Partnerschaften im Erziehungs- und Ausbildungsbereich sowie von Netzwerken, insbesondere im Bereich der Ost-West Zusammenarbeit, zu unterstützen. Die Kommission

wird sich ebenfalls an der Konferenz "Osteuropa: Strategien zum Schutz der kulturellen Vielfalt" beteiligen, die am 12.-13. November 1998 in Wein von der flämischen Stiftung "Europa der Kulturen 2002" organisiert wird.

Weitere Beschlüsse: Teilnahme an dem Kolloquium des Ausschusses der Regionen zur Einrichtung einer europäischen Kulturpolitik (26. Juni), zur Darstellung der VRE-Position und Vorbereitung einer Konferenz der regionalen Kultur-Minister für 1999.

VRE-Kontakt: Franz Josef Stummann oder Doris Materne

>Neue Hilfen für die Beitrittskandidaten

Ende März 1998 hat die Europäische Kommission die Verordnungsvorschläge bezüglich der Hilfe auf die Vorbereitung der zehn Beitrittsländer, die Kandidaten für die EU-Integration sind, angenommen. Es handelt sich um eine Gesamtsumme von 10,92 Milliarden Ecu für den Zeitraum 2000-2006.

Beihilfe zur Beitrittsvorbereitung im Agrarbereich

Diese Maßnahme, die die Beiträge der betroffenen Staaten ergänzt, zielt darauf ab, die Beitrittskandidaten bei der Modernisierung ihres Agrarsektors zu unterstützen, damit sie zum Zeitpunkt ihres jeweiligen Beitritts das vorhandene Niveau der Gemeinsamen Agrarpolitik erlangt haben. Die Mittel für die 10 Länder liegen bei 520 Mio. Ecu pro Jahr (3,64 Milliarden über sieben Jahre).

Um diese Beihilfe zugebilligt zu bekommen, muß jedes Land spätestens sechs Monate nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung der Kommission ein Mehrjahresprogramm für die ländliche Entwicklung vorlegen. Dieses Programm soll die Aktionen festlegen zur Verbesserung der Markteffizienz, der Qualitäts- und Gesundheitsnormen sowie der Maßnahmen zum Umweltschutz und zur Arbeitsplatzbeschaffung in den ländlichen Gebieten.

Der Beitrag der Union wird aus dem EAGFL (Garantie) finanziert und darf nicht 75 % der tatsächlichen öffentlichen Ausgaben überschreiten. Desweiteren wird die allgemeine Hilfe für jedes Land auf der Grundlage von bestimmten Kriterien, wie der Anzahl der Landwirte, der Agrarfläche, dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner, der spezifischen Raumordnungssituation, usw. festgelegt werden.

Ein Strukturinstrument zur Vorbereitung des Beitritts

Diese spezifische Hilfe soll Projekten zur Verbesserung der Transportinfrastruktur und

Angleichung an das Gemeinschaftsniveau im Umweltschutzbereich gewährt werden (7,28 Milliarden Ecu für 2000-2006). Sie wird für Projekte mit einer Minimalinvestition von 5 Mio. Ecu gelten und darf 85% der tatsächlichen öffentlichen Ausgaben nicht überschreiten. Die Verteilung der zur Verfügung stehenden Fonds (1,04 Milliarden Ecu pro Jahr) unter den zehn Beitrittskandidaten wird auf der Grundlage von drei Kriterien erfolgen: der Bevölkerung, dem BIP pro Einwohner und der Oberfläche des Landes.

Die Schlüsselrolle des Programms Phare

Diese beiden Instrumente werden die Finanzierung durch das Programm Phare ergänzen. Die Gesamtsumme für den Zeitraum 2000-2006 beläuft sich auf 10,5 Milliarden Ecu pro Jahr, d.h. 1,5 Milliarden Ecu für die zehn Länder. Dieses Programm wurde vom Europäischen Rat in Luxemburg neu ausgerichtet und wird zwei Hauptziele verfolgen: die Stärkung des Verwaltungs- und juristischen Potentials (ca. 30 % der Gesamtsumme) und die an die Anwendung des gemeinschaftlichen Besitzstands gebundenen Investitionen (ca. 70 %).

Die Kommission verabschiedete ebenfalls einen Verordnungsentwurf bezüglich der Koordinierung der drei Instrumente zur Unterstützung der Beitrittsvorbereitung um eine Doppelfinanzierung mit anderen europäischen und internationalen Institutionen zu vermeiden (EIB, ENWE, IWF, usw.).

Die Hilfsmittel zur Vorbereitung des Beitritts werden im Rahmen der Beitrittspartnerschaften, die von jedem der Beitrittsländer Ende März unterzeichnet wurden, eingesetzt werden. Diese legen die Prioritäten und die kurz- und mittelfristig zu verfolgenden Ziele für jedes Land sowie die Unterstützungsbedingungen der Union fest.

VRE-Kontakt:

Barbara Thauront und Brigitte Fiorucci



Internet

<http://ue.eu.int>

Site des Europäischen Rates, der es ermöglicht, die neuesten Informationen über die Beschlüsse des Rats sowie den Arbeitskalender des Präsidiums abzurufen.

http://europa.eu.int/comm/dg1a/enlarge/access_partnership/index.htm

Auf diesem Site des Servers Europa der Europäischen Kommission finden Sie die Dokumente zur Gründung von Beitrittspartnerschaften zwischen der Union und den zehn Beitrittsländern: Bulgarien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Rumänien, Slowakei und Slowenien.

<http://europa.eu.int/en/comm/dg1a/phare.html>

Dieser Site des Servers Europa liefert alle Informationen über das Programm Phare: Prinzipien, Ziele, prioritäre Bereiche, Organisation und Management. Die drei Programmtypen grenzüberschreitende Zusammenarbeit, multilaterale Zusammenarbeit und horizontale Programme werden besonders ausführlich dargestellt: Präsentation der förderfähigen Maßnahmen, der Auswahlkriterien, der Bewerbungsunterlagen und des Bewertungsrasters.

http://www.inforegio.org/future/regul_fr.htm

Über diesen Site der GD XVI (Regionalpolitik und Kohäsion) der Kommission erhalten Sie Informationen über die Vorschläge zur Verordnung der Strukturfonds (2000-2006).

>Ecos-Ouverture: Ausschreibung für 1998-2000

Ende April 1998 hat die Europäische Kommission (DG 1A) die Ausschreibung für das Programm Ecos-Ouverture (1998-2000) veröffentlicht. Förderfähige Projekte müssen eines der vier Themen behandeln:

- "Methoden und Arbeitswerkzeuge der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften" (Erarbeitung von Strategien zur Entwicklung des regionalen Raums, insbesondere im Hinblick auf die Erweiterung, Verbesserung der städtischen oder ländlichen Dienstleistungen mit Hilfe der Nutzung der Technologien der Informationsgesellschaft, usw.),
- "Modernisierung und Entwicklung der kleinen und mittelständischen Unternehmen" (Einrichtung von Beistandsdienstleistungen, Frauen als Unternehmer, usw.),

- "Sicherung und Bewertung der Umwelt" (Verwaltung natürlicher Gebiete, Kontrolle der Umweltverschmutzung), Abfall- und Abwassererwaltung, Energieeinsparungen, usw.),
- "Wirtschaftliche Bewertung des städtischen oder ländlichen Erbguts" zur Gründung oder Erhaltung dauerhafter Arbeitsplätze.

Die Gesamtsumme des Programms für diese Periode beläuft sich auf 45 Mio. Ecu (30 Mio. aus dem ERF und 15 Mio. aus Phare).

Einsendeschluß für die Projekte ist der **15. November 1998**. Zur Unterstützung der Projektträger hat die GD 1A eine Partnerschaftsverordnung eingerichtet, für eine bessere Verbreitung der Information,

die Zusammentreffen mit den Beamten der Kommission und den Büros zur technischen Unterstützung, die die Stichhaltigkeit der Projekte untersuchen und bei der Partnersuche behilflich sein werden.

Kontakte:

- für die Regionen der EU Adhésions et Associés
Tel.: +33 1 41 86 41 86
Fax: +33 1 46 04 57 61
E-mail: adhesfr@calva.net

- für die Regionen Mittel- und Osteuropas Ecos-Ouverture
Tel.: +36 1 374 33 63
Fax: +36 1 374 33 64
E-mail: 100324.3317@compuserve.com

> Die Reform der Strukturfonds ist im Gange

Am 18. März 1998 hat die Europäische Kommission ihre Vorschläge zur Verordnungen der Strukturfonds für die Jahre 2000-2006 vorgestellt, die die in "Agenda 2000" festgelegten Orientierungen präzisieren. Diese Vorschläge wurden dem Rat der EU und dem Europäischen Parlament zur Verabschiedung bis Anfang 1999 unterbreitet.

Die Kommission plant die Konsolidierung der Zuwendungen zugunsten der Strukturpolitik in eine Höhe von 218,4 Milliarden Euro (Preis von 1999).

Konzentration der Förderung

Die derzeitigen sieben Ziele werden ab dem Jahr 2000 auf drei beschränkt.

Ziel 1, das die am wenigsten entwickelten Regionen (BIP pro Einwohner unter 75% des Gemeinschaftsdurchschnitts) betrifft, beinhaltet auch die dünn besiedelten und ultraperipheren Regionen. Zwei Drittel der gesamten Strukturfondsmittel werden auf Ziel 1 entfallen und auf 20% der Gesamtbevölkerung der Union beschränkt sein.

Ziel 2 - Unterstützung der Gebiete bei der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung (industrielle und ländliche Gebiete) - ist auf städtische und von der Fischerei abhängige Gebiete erweitert worden (ca. 18% der betroffenen Bevölkerung, davon 10% in industriellen Gebieten). Zu den Förderkriterien zählen insbesondere: eine über dem europäischen Durchschnitt liegende Arbeitslosenquote, geringe Bevölkerungsdichte, ein hohes Armutsniveau ... Die förderwürdigen Gebiete werden von den Mitgliedsstaaten auf der Grundlage der von der Kommission für jeden Staat erstellten Höchstsätze vorgeschlagen.

Ziel 3 soll die Anpassung und Modernisierung der Bildungs- Ausbildungs- und Beschäftigungspolitiken und -systeme gemeinschaftsweit unterstützen und dient als Referenzrahmen für die Gesamtheit der zur Förderung der Humanressourcen durchgeführten Aktionen.

Übergangsweise Unterstützung und Stärkung der Effizienz

Die Reform sieht ein System zur übergangsweisen Förderung der Gebiete vor, die derzeit unter Ziel 1 und 2 fallen, die aber ab dem Jahr 2000 nicht mehr förderfähig sind (im allgemeinen 6 Jahre für Ziel 1 und 4 Jahre für Ziel 2).

10% des Gesamtbudgets der Strukturfonds dienen als leistungsgebundene Reserve bis 2003, zur Unterstützung der leistungsstärksten Programme.

Die Interventionen der Fonds teilen sich wie folgt auf:

- Ziel 1: ERFE, ESF, EAGFL-A, FIAF (zukünftiger Strukturfonds),
- Ziel 2: ERFE, ESF, EAGFL-G (ist kein Strukturfonds), FIAF,
- Ziel 3: ESF

Vereinfachte und dezentralisierte Durchführung

Die Programme sollen am 1. Januar 2000 beginnen. Eine Bewertung ist nach der Hälfte der Zeit vorgesehen mit eventueller Bewilligung der leistungsgebundenen Reserve. Für Ziel 1 und 2 befürwortet die Kommission die Durchführung eines einzigen Programms oder eines einzigen Programmplanungs-dokuments (EPPD) pro förderfähigem Gebiet; für Ziel 3 ein EPPD pro

Mitgliedsstaat. Der Verfahrensablauf soll ebenfalls vereinfacht werden, um eine klarere Aufteilung der Verantwortlichkeiten zwischen den nationalen, regionalen, lokalen Behörden und der Kommission sicherzustellen.

Mehrere Mitgliedsstaaten, deren Gebiete nicht mehr unter Ziel 1 und 2 fallen, haben sich mit der Bitte an die Kommission gewendet, effiziente Übergangsmaßnahmen zu schaffen. Sollten die neuen Kriterien strikt angewendet werden, würden zum Beispiel im Vereinigten Königreich 80% der Bevölkerung, die derzeit von den industriellen und ländlichen Gebieten abgedeckt sind, Gefahr laufen, unter Ziel 2 nicht mehr förderwürdig zu sein.

Flexibilität bei der Abgrenzung der förderfähigen Gebiete

Jacques Santer, Präsident der Europäischen Kommission, versicherte den Mitgliedsstaaten, daß ein "Sicherheitsnetz" eingerichtet werde, um zu vermeiden daß zu viele Gebiete eines Staates unter dem neuen Ziel 2 ihre Förderfähigkeit verlieren: der Rückgang sollte in keinem Mitgliedsstaat 30% übersteigen. Desweiteren wird mehr Flexibilität gewährt bei der Abgrenzung der Förderregionen; für die Regionen, die ihre Förderfähigkeit verlieren, werden Übergangsperioden eingerichtet: sechs Jahre für Ziel 1 und vier Jahre für Ziel 2.

Für weitere Informationen: Internet-Site http://www.inforegio.org/future/regul_fr.htm oder Fax: +32 2 230 49 15

VRE-Kontakt: Barbara Thauront und Brigitte Fiorucci

Die aktuellen europäischen Strukturfonds Zur Erinnerung

Derzeit existieren drei Strukturfonds:

- Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (ERFE), dessen Interventionen, beschränkt auf die benachteiligten Regionen, hauptsächlich produktive Investitionen, Infrastrukturen und die Entwicklung von KMU betreffen;
- Europäischer Sozialfonds (ESF), dessen Aktionen auf die Berufsbildung und die Beschäftigungsförderung abzielen;
- Abteilung Ausrichtung des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL-Ausrichtung), die die Anpassung der Agrarstrukturen und die Aktionen zur ländlichen Entwicklung unterstützt, zu der das Finanzierungsinstrument für die Anpassung der Fischerei (FIAF) hinzukommt.

Diese verfolgen die nachstehenden Ziele:

- **Ziel 1:** Umstrukturierung der Regionen mit Entwicklungsrückstand,
- **Ziel 2:** Wirtschaftliche Umstellung der

Regionen mit rückläufiger industrieller Entwicklung,

- **Ziel 3:** Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, berufliche Eingliederung von Jugendlichen und der von der Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt betroffenen Personen,
- **Ziel 4:** Anpassung der Arbeitnehmer an die Wandlungsprozesse der Industrie und der Produktionssysteme,
- **Ziel 5a:** Anpassung der Agrar- und Fischereistrukturen,
- **Ziel 5b:** Wirtschaftliche Entwicklung der empfindlichen ländlichen Gebiete,
- **Ziel 6:** Strukturelle Anpassung der sehr dünn besiedelten Gebiete Nordeuropas.

Der Gesamtbetrag der Zuwendungen betrug zwischen 1994 und 1999 163 Milliarden Ecu. Im Vergleich zur vorherigen Periode hat er sich mehr als verdoppelt (64 Milliarden Ecu 1989-1993). Im Budget für 1997 beliefen sich die Kredite der

Strukturfonds auf 28,620 Milliarden Ecu, d.h. 34,75% des Gesamtbudgets der Europäischen Union (82,365 Milliarden Ecu). Nach der Gemeinsamen Agrarpolitik war es also der zweithöchste Haushaltsposten der EU.

Das Ansteigen der Finanzmittel der Strukturfonds ist Zeichen für einen starken Willen im Bereich der Strukturpolitik. Die Herausforderung besteht heute darin, zu wissen, ob die EU fähig ist, diese Anstrengungen über 1999 hinaus fortzuführen, auch wenn die Bedürfnisse ansteigen und vielfältiger werden und sich neue Perspektiven mit der Osterweiterung ergeben. Dies wird sicherlich eine grundlegende Reform des gesamten Finanzrahmens der EU mit sich bringen. Die Orientierungen wurden von der Kommission in der "Agenda 2000" (Juli 1997) vorgestellt; der Entwurf der Reform der Strukturfonds ist ein Teil davon.

Tribüne

Erweiterung und Dezentralisierung

Csaba Kurucsai

Am 31. März '98 begannen die Verhandlungen für die Aufnahme der Republik Ungarn in die Europäische Union. Dies ist ein Ereignis von historischer Bedeutung für unser Land, das erst vor 8 Jahren sein politisches Regime gewechselt hat und das sich heute, wo es die Beitrittspartnerschaft unterzeichnet hat, vor der größten Herausforderung in seiner neuzeitlichen Geschichte befindet. Seit mehreren Jahren bereiten sich die Experten der Zentralregierung und der Bezirke auf die Verhandlungen in den verschiedenen Bereichen vor. Agenda 2000 stufte unser Land als eine der am besten vorbereiteten Demokratien Osteuropas ein. Auch wenn

diese Feststellung schmeichelnd ist, wissen wir doch, daß es noch viel zu tun gibt.

Meines Erachtens sollten der Regionalismus und die Dezentralisierung die wichtigsten Themen der Beitrittsverhandlungen sein. Das derzeit gültige ungarische Dezentralisierungsgesetz hat die Grundprinzipien der lokalen Selbstverwaltung anerkannt und den Komitaten (Regionen), die das direkt unterhalb der Zentralregierung liegende Entscheidungsniveau bilden, geringe Zuständigkeiten zugebilligt. In diesem Zusammenhang haben die Präsidenten der ungarischen Komitate die Europäische Charta der regionalen Selbstverwaltung des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas des Europarats, die von der Parlamentarischen Versammlung unterstützt wurde, mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen.

Wir hoffen nun, daß möglichst viele diese Charta verabschieden und sie zu einer Konvention wird. Wir sind überzeugt, daß

diese Tatsache dazu beitragen würde, nicht nur in Ungarn, sondern auch in den anderen Ländern Osteuropas die Dezentralisierung und die Entwicklung eines Europas der Regionen zu beschleunigen.

Zu Beginn dieses Artikels habe ich den Beitritt unseres Landes zur Europäischen Union erwähnt und Sie können sich fragen, was dieser Beitritt mit der Verabschiedung der Charta der regionalen Selbstverwaltung zu tun hat. Vor allem hoffen wir, zu Beginn des dritten Jahrtausends, Mitglied der Europäischen Union zu werden, in der der Regionalismus bereits stark entwickelt ist. Deshalb wollte ich die Gelegenheit ergreifen, um eine Initiative der Regionen Europas zugunsten einer schnellen Verabschiedung dieser Charta und ihrer Aufnahme in die Gesetzgebung der Mitgliedsstaaten zu starten.

Kontakt:

Csaba Kurucsai, Vizepräsident (Baranya)
Tel.: +36 72 211 165
Fax: +36 72 211 172

Beschäftigungsproblematik - Regionen

>Für die Schaffung einer Datenbank

Vier Regionen, deren wirtschaftliche Aktivitäten grundlegend umstrukturiert wurden - Tampere (FIN), Haute-Normandie (F), Knowsley und Merseyside (GB) - haben im Rahmen des Programms Pacte an dem Projekt "Beschäftigungspolitik in den europäischen Regionen" (EPERE) teilgenommen. Dieses Projekt hatte zum Ziel, die regionalen Initiativen zur Arbeitsplatzbeschaffung zu erfassen und den Regionen dabei zu helfen, angemessene Strategien zu entwickeln.

Dieser Informations-, Ideen- und Erfahrungsaustausch wurde in einem Bericht veröffentlicht, der ebenfalls die in den jeweiligen Regionen angetroffenen

Beschäftigungsprobleme und die Beispielhaftigkeit der Lösungsansatz im europäischen Zusammenhang darstellt.

Die weitere Entwicklung dieser interregionalen Zusammenarbeit führte zur Einrichtung eines interaktiven Internet-Sites - <http://www.reg.fi/epere/>. Dieser ermöglicht einerseits ein Zurückgreifen auf die Projektergebnisse und andererseits den Erfahrungsaustausch in Sachen Beschäftigungspolitik. Auf Dauer könnte dieser Internet-Site die Grundlage für den Aufbau einer elektronischen Datenbank in diesem Bereich darstellen.

Kontakt: <http://www.reg.fi/epere/>

Mittelmeer

>Maßnahmen zur Feuerbekämpfung

Die Regionen Sicillia (Stadt Catania), Gelderland (Stadt Apeldoorn), Catalunya (Stadt Manresa), Ionio Nissoi (Stadt Poros) haben ein Erfahrungsaustauschnetz zum Thema Waldbrand gegründet. Ziel: größere Sicherheit der Einwohner, Verringerung der wirtschaftlichen Schäden und Kampf gegen die Zerstörung der Umwelt.

Die Mitglieder des Netzwerks tauschten Informationen über die jeweiligen Organisationsstrukturen sowie über die zur Verfügung stehenden Kommunikationsmittel

aus und analysierten deren Wirksamkeit. Den Partnern aus dem Mittelmeerraum wurden die neuen Koordinations- und Kommunikationstechniken, der Gebrauch eines Instruments zur Brennbarkeitsmessung, Mittel zur Bekämpfung und Überwachung von Waldbränden aus der Luft sowie Methoden zur Einschätzung des Risikofaktors vorgestellt. Mit Hilfe von technischen und menschlichen Mitteln können Waldbrände heute in durchschnittlich 10 Minuten eingegrenzt werden.

VRE Kontakt: Brigitte Fiorucci

Donaudelta

>Bedarf an gesteigerter Zusammenarbeit

Im Februar '98 organisierte die Region Odessa in Zusammenarbeit mit den Europarat in Ismail (Ukraine) ein Kolloquium über die Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den regionalen und lokalen Behörden der Republik Moldawien, Rumäniens und der Ukraine.

Die anwesenden Delegationen vertraten die Meinung, daß eine konkrete Zusammenarbeit zwischen den Regionen des Donaudeltas in den Bereichen Wirtschaftsentwicklung, soziale Angelegenheiten, Bildung, Kultur, Sport, Tourismus und Umwelt dringend notwendig sei. Dies nicht zuletzt unter Berücksichtigung der EU-Beitrittsvorbereitung.

Die Schlußerklärung richtete folgende Forderungen an ihre jeweiligen Regierungen:

- Unterzeichnung eines trilateralen zwischenstaatlichen Abkommens,
- Stärkung der Rechte der in den Grenzgebieten lebenden ethnischen Minderheiten gemäß der nationalen und europäischen Gesetzgebung,
- Verbesserung der Infrastrukturen, Entwicklung gemeinsamer Politiken zur Erleichterung der Reisemöglichkeiten und Gründung von Freihandelszonen.

Desweiteren wurde dem Europarat ein Antrag zur Förderung dieses Kooperationsprojektes zwischen den Regionen der genannten drei Länder übermittelt.

Kontakt:

Alexander Danilov (Odessa)
Tel.: +38 0482 280 310
Fax: +38 0482 251 577
E-mail: ens@odsadm.odessa.ua

> Bilanz der interregionalen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsregionen der VRE

Die Region Alsace (F) ist bei der VRE mit der "interregionalen Zusammenarbeit" beauftragt und veröffentlichte kürzlich die Ergebnisse einer Umfrage, die 1997 bei den in diesem Bereich tätigen Mitgliedsregionen durchgeführt wurde. Ziel war es, eine Bestandsaufnahme der Kooperation zu erhalten, die angetroffenen Schwierigkeiten herauszustellen und die Meinungen der Mitglieder hinsichtlich ihrer Bedürfnisse zu sammeln.

Die Analyse der Daten hat ergeben, daß die Schwerpunkte der Kooperation folgende vier Bereiche betreffen:

- Zusammenarbeit mit den Regionen Mittel- und Osteuropas (Phare, Tacis Twinning City, Ecos Ouverture);
- Bildung und Ausbildung (Leonardo, Socrates);
- Erfahrungsaustausch (Pacte)
- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit (Interreg).

Landwirtschaft, Kultur, soziale Angelegenheiten, Energie, Umwelt, Wirtschaft, Erfahrungsaustausch sind die wichtigsten Interessensbereiche dieser Zusammenarbeit.

Trotz der angetroffenen Schwierigkeiten bei der Durchführung der Projekte, ist ein starker Kooperationswille der Regionen Mittel- und Osteuropas zu verzeichnen. An den EU-Programmen wurden insbesondere folgende Aspekte bemängelt: Vielseitigkeit der Verfahren, späte Zuweisung der Fonds, zu kurze Ausschreibungsfristen, fehlende Transparenz oder Information über die Finanzierungsmechanismen, Dauer der Beschlüsse.

Die Regionen unterstrichen ebenfalls die fehlende Unterstützung, insbesondere finanzieller Art, seitens ihrer Staaten und die Schwierigkeiten bei der Partnersuche. Neben anderen Hindernissen wurden auch angegeben: Vielseitigkeit der administrativen, juristischen und steuerlichen Strukturen, Komplexität und Langsamkeit der Verwaltungsabläufe und der Grenzformalitäten, allgemeine sprachliche und finanzielle Probleme.

Um diese Sachlage zu verbessern, schlugen die Mitglieder vor, die Zuständigkeiten der Institutionen, die die interregionale Zusammenarbeit verwalten, genauer zu definieren und die Masse der Formalitäten zugunsten von mehr Erfahrungsaustausch abzubauen. Ein großer Stellenwert wurde der Verbesserung des Zugangs zu Informationen über die Kooperationsmöglichkeiten und über die EU-Programme, der Klärung der Verfahren zur Untersuchung der Unterlagen sowie der Beschleunigung der Entscheidungsprozesse beigemessen.

Bezüglich der VRE wünschten die Mitglieder, daß sie eine Plattform zur Informationsverbreitung in diesem Bereich werde und daß sie beim Aufbau der Projekte und bei der Partnersuche einen Beistand leisten möge. Ein Projekt, das diese Ideen aufgreift und das eine Probephase im Bereich der Ost-West Zusammenarbeit vorsieht, die innerhalb der Kommission II durchgeführt werden soll, wurde soeben dem Vorstand der VRE vorgelegt.

Kontakt:
Jean-Paul Heider oder Birte Wassenberg (Alsace)
Tel.: +33 3 88 15 69 22
Fax: +33 3 88 15 68 15



Partnerschaft

Safety across Europe

Die Arbeitsgruppe "Safety across Europe" der Kommission IV hat beschlossen, ihre Aktivitäten auf die nachstehenden Projekte zu konzentrieren. Die Mitgliedsregionen, die an der Mitarbeit interessiert sind, mögen schnellstmöglich mit dem Koordinator des jeweiligen Projekts in Kontakt treten. Für einige Projekte wird eine Finanzierung durch die Gemeinschaft beantragt werden (Antragsfrist: 15/9/98).

1) Austauschprogramm für Beamte "Unfallverhütung, Gesundheitsförderung, Konfliktvermittlung..."

Kontakt:
Paul Phillips (Hertfordshire)
Tel: +44 1992 55 56 11
Fax: +44 1992 55 56 14

2) Unfallstatistiken und Gesundheitsprofile

Kontakte:
Rustan Ekeröth (Skaraborg)
Tel: +46 501 623 71
Fax: +46 501 623 50
Arvid Wangberg (Østfold)
Tel: +46 69 117 000
Fax: +46 69 117 061
E-mail: arw@adm.ostfold.f-kommune.no

3) Unfallverhütung bei Kindern

Kontakt:
Bo Simonsson (Västmanland)
Tel: +46 21 174 538
Fax: +46 21 174 509
E-mail: bo.simonsson@ltvastmanland.se

4) Konfliktvermittlung und Gewalt in der Familie

Kontakt:
Arvid Wangberg (cf. 2)

5) Beistand für ältere Menschen und Unfallverhütung...

Kontakt:
Jef Mostinckx (Vlaanderen)
Tel: +32 2 507 33 24
Fax: +32 2 507 34 19
E-mail: jozef.mostinckx@vlaanderen.be

6) Selbstmord

Kontakt:
Jörgen Eriksson (Västerbotten)
Tel: +46 90 785 71 72
Fax: +46 90 713 65 70

Notizbuch

Ergebnisse der Regionalwahlen

Österreich

Bei den Wahlen im März 1998 wurde Frau Liese Prokop, Präsidentin der Kommission VI, in ihrem Amt als Landeshauptmann Stellvertreter von Niederösterreich bestätigt.

Frankreich

Im März dieses Jahres haben die Franzosen ihre neuen Regionalräte mit einem Mandat für sechs Jahre gewählt. Diese wählten ihrerseits die Präsidenten der 26 französischen Regionen.

Wiedergewählte Präsidenten

Alsace: Adrien Zeller
Auvergne: Valéry Giscard d'Estaing
Basse-Normandie: René Garrec
Corse: Jean Baggioni (Executive)
Guadeloupe: Lucette Michaux-Chevry
Guyane: Antoine Karam
Languedoc-Roussillon: Jacques Blanc
Limousin: Robert Savy
Lorraine: Gérard Longuet
Picardie: Charles Baur
Poitou-Charentes: Jean-Pierre Raffarin
Rhône-Alpes: Charles Millon

Präsidenten mit einem ersten Mandat

Aquitaine: Alain Rousset
Bretagne: Josselin de Rohan
Bourgogne: Jean-Pierre Soisson
Centre: Michel Sapin
Champagne-Ardenne: Jean-Claude Etienne
Corse: José Rossi (Parlament)
Franche-Comté: Jean-François Humbert
Haute-Normandie: Alain Le Vern
Ile-de-France: Jean-Paul Huchon
Martinique: Alfred Marie-Jeanne
Midi-Pyrénées: Martin Malvy
Nord-Pas-de-Calais: Michel Delebarre
Pays de la Loire: François Fillon
Provence-Alpes-Côte d'Azur: Michel Vauzelle
La Réunion: Paul Vergès

Schweiz

Bei den Wahlen im März 1998 wurde Herr Claude Ruey, Präsident der Kommission I der VRE, in seinem Amt als Staatsrat des Kantons Vaud bestätigt.

> Oberösterreich empfängt die Hauptversammlung '98

Auf Einladung von Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer wird das Land Oberösterreich am 3. und 4. Dezember 1998 die Hauptversammlung der VRE ausrichten. Bei diesem Anlaß werden insbesondere der Präsident und der Vorstand der VRE für die nächsten zwei Jahre gewählt werden. Abgesehen von institutionellen und Statutenfragen werden die bei diesem Gipfel versammelten Mitgliedsregionen ihre Diskussionen auf ein zentrales Thema ausrichten können: "Die Herausforderungen für das Europa des XXI. Jahrhunderts". Zwei Workshops oder Podiumsdiskussionen zu Fragen der Erweiterungs- und Beschäftigungspolitik - die derzeit Gegenstand der Arbeiten der VRE-Kommissionen sind - sollen es ermöglichen, in der Plenarsitzung den Austausch mit unseren wichtigsten institutionellen Partnern vorzubereiten und zu bereichern. Dieser Gipfel zielt einerseits darauf ab, ein Zusammenwirken der Ideen und der im Laufe des Jahres von den Mitgliedsregionen entwickelten Projekte zu erzielen und andererseits zu einem Austausch- und Diskussionsforum mit den Entscheidungsträgern der Union und den Beitrittskandidaten für die europäische Integration zu werden.

Das Land Oberösterreich hat ebenfalls vorgeschlagen, anlässlich der Hauptversammlung einen "Beschäftigungspreis" an eine Region zu verleihen, die eine vorbildliche Politik zur Beschäftigungsförderung und zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, unterstützt hat. Die Auswahlbedingungen und Modalitäten zur Preisverleihung werden derzeit eingehend untersucht.

Die Hauptversammlung wird in Linz, der Hauptstadt des Landes Oberösterreich (mehr als 250 000 Einwohner), im Design Center Linz stattfinden. Linz liegt im Donautal, in der Nähe der Grenzen zu Deutschland und der Tschechischen Republik. Diesem Fluß verdankt sie auch einen Großteil ihres wirtschaftlichen Aufschwungs. Auch wenn Linz heute eine industrielle Metropole ist, mit Anschluß an die europäischen und interregionalen Flug- und Bahnnetze, so hat sie doch ständig ihren Charme bewahrt.

Merken Sie also schon jetzt diese Daten in Ihrem Kalender vor!

Das endgültige Programm wurde vom Vorstand der VRE in Straßburg am 11./12. Juni 1998 diskutiert und verabschiedet; es wird Ihnen in Kürze übermittelt werden.

Kontakt:

Erich Haager (Oberösterreich)
Tel.: + 43 732 7720 1189
Fax: + 43 732 7720 1668
E-mail: erich.haager@ooe.gv.at

VRE-Kontakt:

Eric Milesi und Barbara Thauront



Veröffentlichungen

Ein "Que sais-je ?" über den AdR

Im März 1998 erschien in der von den Lesern sehr geschätzten französischen enzyklopädischen Sammlung "Que sais-je ?" (Was weiß ich?) ein Heft über den Ausschuß der Regionen, herausgegeben von den Presses Universitaires de France und verfasst von Pierre-Alexis Féral, dem Rechtsberater und Präsidenten des Personalrats dieser europäischen Institution.

Dieses hundertseitige Werk bescheinigt den wachsenden Stellenwert der Rolle der Gebietskörperschaften beim Prozeß des europäischen Aufbaus und die politische Anerkennung der regionalen Ebene durch die europäischen Instanzen. Es bestätigt ebenfalls den entscheidenden Beitrag, den die repräsentativen Vereinigungen dieser

Körperschaften - die Versammlung der Regionen Europas und der Rat der Gemeinden und Regionen Europas - zur Gründung des Ausschusses der Regionen geleistet haben. Beide treten heute als bevorzugte Partner des AdR bei der Vollendung seiner Rolle als Bürge des Subsidiaritätsprinzips auf.

Diese Veröffentlichung wird sicherlich dazu beitragen, daß ein breiteres Publikum die Stellung der Gebietskörperschaften beim Aufbau Europas und die Entwicklung der regionalen Gegebenheiten in der Europäischen Union von morgen besser kennenlernt und versteht.

Ref.: "Que sais-je?" Nr. 3369/1998 (PUF/Paris)

VRE-Kontakt: Francine Huhardeaux



Termine

JULI

Mittwoch, 1.

Beginn der österreichischen Präsidentschaft der Europäischen Union

Mittwoch, 1. und Donnerstag, 2.

Europäisches Parlament, Plenarsitzung, Brüssel (B)

Donnerstag, 2. und Freitag, 3.

Europäische Kommission/GD XVI, Seminar EUREC - Wasserbewirtschaftung, Thessaloniki (GR)

Donnerstag, 2. bis Samstag, 4.

Ost-West Wirtschaftsforum, Bukarest (RO)

Montag, 13. bis Freitag, 17.

Europäisches Parlament, Plenarsitzung, Straßburg (F)

Mittwoch, 15. und Donnerstag, 16.

Ausschuß der Regionen, Vorstands- und Plenarsitzung, Brüssel (B)

Montag, 27. bis Freitag, 31.

VRE, Summer School, Erfurt-Weimar (D)

Montag, 27. bis Freitag, 31.

VRE, Centurio-Programm, Einführungs- und Auswahlseminar, Erfurt-Weimar (D)

SEPTEMBER

Montag, 14. bis Freitag, 18.

Europäisches Parlament, Plenarsitzung, Straßburg (F)

Mittwoch, 16. und Donnerstag, 17.

Ausschuß der Regionen, Vorstands- und Plenarsitzung, Brüssel (B)

Donnerstag, 17. und Freitag, 18.

Europäische Kommission/GD XVI, Seminar EUREC - Wissen als Entwicklungsfaktor, Manchester (GB)

Freitag, 18.

VRE, Präsidium, Bremen (D)

Montag, 21. bis Freitag, 25.

Europarat, Parlamentarische Versammlung, Straßburg (F)

Donnerstag, 24. und Freitag, 25.

VRE, Seminar über den Regionalismus in den Ländern Mittel- und Osteuropas, Sitzung der Kommission I, Iasi (RO)

VRE-Kontakt: Francine Huhardeaux



VRE direkt / en direct / on line Sommer 98
Newsletter der Versammlung der Regionen Europas

Direktion:
Wolfgang Maier

Redaktioneller Beirat:
Maria De Smet, Hans De Belder
Chefredakteur: Barbara Thauront

Redaktionsausschuß:
Stéphanie Evans, Brigitte Fiorucci, Francine Huhardeaux, Doris Materne, Eric Milesi, Laura de Rose, Franz-Josef Stummann

Redaktionssekretariat: Barbara Thauront, Francine Huhardeaux

Übersetzungen: Sally Hurley (GB)
Claudia Meschede (D)

Konzeption und Layout:
Agence Contexte - Straßburg (F)

Druck: OTT - Straßburg (F)
Auflage in 3 Sprachen: 6000 Ex.

Der Redaktionsausschuß bedankt sich bei den Regionen Baranya und Vlaanderen für die Mitwirkung an dieser Ausgabe.

Wiedergabe nur mit Quellenangabe.

Juni 1998